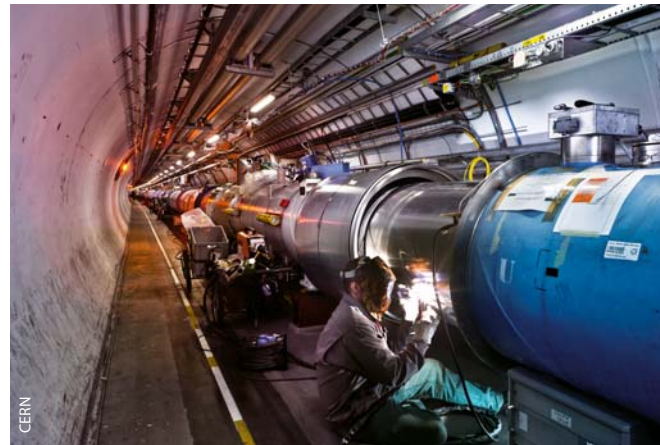


trieb des LHC mit der nominellen Energie von 7 TeV pro Strahl vor dem Jahr 2011 ausschließen.

Sorgen bereiten nun Verbindungen zwischen Kupferstrukturen, die einerseits die supraleitenden Kabel mechanisch stabilisieren und andererseits den elektrischen Strom tragen sollen, falls die Supraleiter – aus welchen Gründen auch immer – in den normalleitenden Zustand übergehen (*quenchen*). Rund 80 dieser Kupferverbindungen weisen einen zu hohen elektrischen Widerstand auf, und um sie alle zu reparieren, müssten weitere Sektoren des LHC auf Raumtemperatur erwärmt werden. Diese Aufwärm- und Abkühlphasen einzelner Sektoren dauern mehrere Wochen.

Der Zeitplan sieht nun vor, Mitte November wieder die ersten Protonen in den Ring zu injizieren und

die Energie in den Wochen danach zunächst auf 3,5 TeV pro Strahl zu erhöhen. Bei dieser Energie sollen die Kollaborationen ihre großen Detektoren eichen und erste Datensammeln, während die Betriebsmannschaft lernt, den Beschleuniger zu beherrschen. Anschließend soll der LHC bis Ende 2010 mit einer Energie von 5 TeV laufen. Diese Energie ist bereits deutlich höher als diejenige des Tevatron-Beschleunigers am Fermilab und rückt interessante Entdeckungen in den Bereich des Möglichen. „Wir verstehen den LHC jetzt viel besser als vor einem Jahr“, sagte der CERN-Generaldirektor Rolf Heuer Anfang August, „daher können wir uns mit Zuversicht und gespannt auf den *run* freuen.“ Neben den Proton-Proton-Kollisionen sind Ende 2010 auch erste Blei-Blei-



Kollisionen geplant, bevor die anschließende Winterpause dazu dienen soll, die letzten fehlerhaften Verbindungen zu reparieren und zusätzliche Sicherheitsventile zu montieren. 2011 könnte der LHC dann seine volle Energie erreichen.

Stefan Jorda

Im Beschleunigertunnel des LHC laufen noch letzte Reparaturarbeiten.

■ KIT unter Dach und Fach

Gesetzliche Hürden für die Gründung des Karlsruher Instituts für Technologie sind genommen.

Anfang letzten Jahres schlossen sich die Universität Karlsruhe und das Forschungszentrum Karlsruhe, das zur Helmholtz-Gemeinschaft gehört, zum „Karlsruher Institut für Technologie“ (KIT) zusammen.⁵⁾ Da die Uni Karlsruhe bisher vom Land Baden-Württemberg, das Forschungszentrum aber vom Bund finanziert wurde, bedurfte es eines eigenen KIT-Gesetzes, das nun Anfang Juli vom baden-württembergischen Landtag verabschiedet wurde. Am 30. Juli unterzeichneten Bundesforschungsministerin Annette Schavan und Baden-

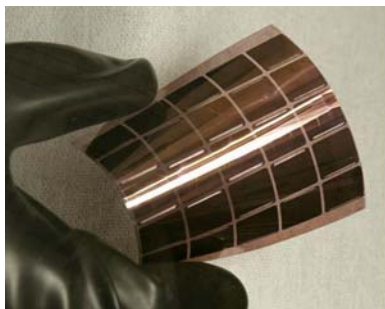
Württembergs Wissenschaftsminister Peter Frankenberg die Verwaltungsvereinbarung und machten die Fusion damit perfekt. Die Vereinbarung schlägt vor, in welche Richtung sich das KIT entwickeln soll, und überträgt ihm mehr Eigenverantwortung. Dazu gehören u. a. Maßnahmen, die die Wettbewerbsfähigkeit beim Anwerben der besten Wissenschaftler sicherstellen sollen oder die es dem KIT ermöglichen, sich schnell an Unternehmen zu beteiligen oder Tochtergesellschaften zu gründen. „Den Wissenschaftseinrichtungen mehr Eigenverantwortung zu geben und starre Strukturen zu überwinden, sind wichtige forschungspolitische Ziele“, betonte Schavan bei der Unterzeichnung.

Das KIT ist nun zugleich Landesuniversität und außeruniversitäre Großforschungseinrichtung und stellt damit eine in Deutschland neue Form der Zusammenarbeit dar. Mit rund 8000 Beschäftigten und einem Jahresetat von ca. 700 Millionen Euro ist es die größte deutsche Forschungseinrichtung.

Einer der Schwerpunkte soll auf der Energieforschung liegen. So ist das KIT Mitglied eines Verbundes aus Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, der an der Entwicklung von Batterien für Elektroautos arbeitet und 20 Millionen Euro aus dem Konjunkturpaket II erhält. Außerdem ist ein materialwissenschaftliches Zentrum geplant, das sich mit Energiespeicherung und -wandlung beschäftigen wird. Neben der Entwicklung neuer Batteriematerialien und -konzepte geht es hier z. B. auch darum, den Wirkungsgrad organischer Solarzellen mithilfe neuer Materialien auf mehr als 20 Prozent zu steigern. Für das neue Zentrum sind 37,3 Millionen Euro vorgesehen. Davon stammen 18,7 Millionen aus der Zukunftsoffensive IV des Landes Baden-Württemberg. Der Rest muss vom Bund im Rahmen der gemeinsamen Bund-Länder-Forschungsförderung von Wissenschaftsbauten noch eingeworben werden. Wenn alles klappt, können die Bauarbeiten 2011 beginnen.

Anja Hauck

5) vgl. Physik Journal, April 2008, S. 7



Das geplante materialwissenschaftliche Zentrum des KIT dient u. a. dazu, organische Solarzellen mit einem Wirkungsgrad von über 20 Prozent zu entwickeln.